

Diese Zeitung erscheint jede Woche Sonnabends. Preis pro Quartal durch die Post bezogen 1 M. Eingetragen in die Postzeitungsliste Nr. 6482.

# Der Proletarier

Anzeigenpreis: Arbeitsvermittlungs- und Stellen-Anzeigen die 3 gepaltene Kolonell-Beile 50 J. Geschäftsanzeigen werden nicht aufgenommen.



## Organ des Verbandes der Fabrikarbeiter Deutschlands

Verlag von U. Brey.

Druck von G. H. Meißner & Co., beide in Hannover.

Verantwortlicher Redakteur: Sebastian Prüll, Hannover.

Redaktionschluss: Montag mittag 12 Uhr.

Redaktion und Expedition:

Hannover, Nikolaistraße 7, 2. Et. — Fernsprech-Anschluß 3002.

### Unsre Lokalkassen im Jahre 1917.

Die finanzielle Entwicklung unserer Lokalkassen kann auch für 1917 noch nicht als günstig bezeichnet werden. Die reinen Einnahmen sind niedriger als die Ausgaben, weshalb auch der Kassenbestand gegen das Vorjahr zurückgegangen ist. Dagegen sind die Gesamteinnahmen höher als im Vorjahr, jedoch so unbedeutend, daß dadurch das Gesamtbild auch nicht besser wird. Der übernommene Kassenbestand vom 4. Quartal 1916 bleibt weit hinter dem im Jahre 1915 übernommenen Betrag zurück. Bei den Ausgaben kommen die Preissteigerungen des Jahres 1917 stark zum Ausdruck, denn auch die Bedarfsartikel der Zahlstellen kosten heute mehr als früher.

Aus der nachfolgenden Zusammenstellung ist ersichtlich, wie sich seit 1914 die Einnahmen in ihre einzelnen Posten gliedern.

#### Einnahmen der Lokalkassen:

	1914 Mk.	1915 Mk.	1916 Mk.	1917 Mk.
Beitragsanteile	628 970,69	336 278,84	278 309,55	313 377,80
Lokalbeiträge	759 556,89	428 334,05	368 918,46	458 953,50
Sonstige Einnahmen	253 570,02	258 021,67	212 468,89	189 052,99
<b>Einnahme</b>	<b>1642 097,60</b>	<b>1022 634,56</b>	<b>859 686,90</b>	<b>961 384,29</b>
Kassenbestand vom Vorjahr	1025 295,26	817 430,13	721 233,12	666 591,98
<b>Gesamteinnahme</b>	<b>2667 392,86</b>	<b>1840 064,69</b>	<b>1580 920,02</b>	<b>1627 976,27</b>

Die Einnahmen aus Beiträgen sind gegen das Vorjahr wieder gestiegen, und wenn die Mitgliederzunahme weiter so anhält, werden wir im nächsten Jahr die Beitragsentnahmen des Jahres 1915 auch überholen. Die aus Lokalbeiträgen vereinbarte Summe steht bereits über der des Jahres 1915. Das hat seinen Grund darin, daß eine Reihe von Zahlstellen, die früher Lokalbeiträge noch nicht erhoben haben, nunmehr dazu übergegangen sind, und daß sehr viele Zahlstellen ihre bereits bestehenden Lokalbeiträge erhöhten. Diese Maßnahme hat einen noch ungünstigeren Abschluß der Lokalkassen verhindert. Heute ist nur noch ein kleiner Prozentsatz von Zahlstellen vorhanden, die einen Lokalbeitrag nicht erheben. Unter „sonstigen Einnahmen“ sind 70 970,99 Mk., die als der Hauptkasse zurückbehalten gebucht sind. Zu den eigentlichen reinen Einnahmen kam dieser Betrag nicht gezahlt werden. Zur Möglichkeit des Vergleichs sei auch angeführt, daß die entsprechende Kubik im Vorjahr nur 42 099,94 Mk. als zurückbehalten aufwies. Außerdem sind unter „sonstige Einnahmen“ auch die von der Hauptkasse geleisteten Zuschüsse enthalten. Die Einnahmen belaufen sich auf 961 384,29 Mk., dazu kommt der Kassenbestand vom 4. Quartal 1916 mit 666 591,98 Mk., ergibt eine Gesamteinnahme von 1 627 976,27 Mk.

Die Ausgaben der Lokalkassen stellen sich wie folgt:

	1914 Mk.	1915 Mk.	1916 Mk.	1917 Mk.
Unterstützung an Mitglieder	369 114,35	146 538,64	81 083,63	60 205,54
Agitation am Orte	99 676,08	26 528,79	22 719,50	31 956,94
Parteilbeiträge	125 934,23	76 298,66	64 280,15	72 327,36
Verwaltung (persönl. u. sachliche)	932 562,35	689 882,82	593 026,74	648 785,58
Bibliothek, Konzepte u. Sonstige	322 675,72	179 582,66	153 228,03	194 226,48
<b>Gesamtausgabe</b>	<b>1849 962,73</b>	<b>1 118 831,57</b>	<b>914 328,04</b>	<b>1 010 501,90</b>

Die Unterstützungsausgaben sind wieder etwas zurückgegangen. Für Agitationszwecke wurden über 12 000 Mk. mehr verausgabt. Wenn auch die Agitation lebhafter betrieben wurde als im Vorjahr, so entfällt von dem hierfür aufgewendeten Betrag doch ein Teil auf erhöhte Ausgaben für Papier und Druck. Die Kartellbeiträge haben sich bei zunehmender Mitgliederzahl mechanisch erhöht. Auch die Ausgaben an Verwaltungskosten sind naturgemäß der allgemeinen Teuerung gefolgt.

Die Bilanz für die Lokalkassen gestaltet sich nun folgendermaßen:

Gesamteinnahme	1 627 976,27 Mk.
Gesamtausgabe	1 010 501,90 "
<b>bleibt Kassenbestand</b>	<b>617 474,37 Mk.</b>

Am 31. Dezember 1916 war ein Kassenbestand von 666 591,98 Mk. vorhanden, am Jahreschluß 1917 ein solcher von 617 474,37 Mk., mithin ist ein Rückgang von 49 117,61 Mk. zu verzeichnen. Tatsächlich ist der Kassenbestand noch niedriger als die Bilanz ihn aufweist. In der Aufstellung befindet sich ein Durchgangsposten von 60 000 Mk., den die Zahlstellen im 4. Quartal 1917 als Vorhuf von der Hauptkasse zur Auszahlung der Weihnachtunterstützung erhielten. Da diese Unterstützung von dem im Dezember 1917 tagenden außerordentlichen Verbandstag beschloffen wurde, konnte die Auszahlung erst im Januar 1918 vor sich gehen. Aus diesem Grunde erreichen die erwähnten 60 000 Mk. im Lokalkassenbestand des 4. Quartals 1917. Der Kassenbestand ist also in Wirklichkeit 557 474,37 Mk. oder 109 117,61 Mk. weniger als Ende 1916. Im laufenden Jahr dürfte eine Besserung auch für die Lokalkassen eintreten, da ihnen von den erhöhten Beiträgen höhere Anteile und außerdem die Hälfte der Eintrittsgelder zustehen.

### Wie kann eine Wohnungskatastrophe verhindert werden?

Wie auf vielen Gebieten des öffentlichen Lebens, so hat auch die revolutionäre Umwälzung des Krieges mit starkem Druck die Lösung der Wohnungsfrage in den Vordergrund gedrängt. Die ganze Wucht der gesellschaftlichen Unterlassungen auf diesem Gebiet in den letzten 25 Jahren vor dem Kriege steht deshalb heute zur öffentlichen Diskussion. Und dabei wird die Wohnungsfürsorge für die zurückkehrenden Kriegsteilnehmer nicht allein in Betracht kommen können, sondern hier sind Maßnahmen sicherzustellen zu der bedeutungsvollen Frage: wie wohnt die große Masse des arbeitenden Volkes überhaupt? Das bekannte Wohnungselend besteht nicht allein in dem Mangel an Wohngelegenheiten, sondern in der sittlichwidrigen und unhygienischen Beschaffenheit der übergroßen Zahl der Kleinwohnungen, wo die Mieter in die Zwangslage kommen, jeden Winkel auszunutzen und dafür 15 bis 25 Prozent des Jahresarbeitsverdienstes als Mietbetrag zahlen zu müssen. Die Ursachen zu diesen oftandigen Mißständen: wie Schlafgängerunwesen, Unreinlichkeit der Wohnräume, Seuchengefahr usw. werden in der privatkapitalistischen Ausbeutung und Ueberverwertung des Baugrundes und der Wohngebäude sowie auch andererseits in der spekulativen Zurückhaltung des Geldmarktes zum Wohnbauwesen zu suchen sein. Eine bevölkerungspolitische Wohnungsfürsorge kann deshalb nicht allein darin bestehen: daß der Staat oder die Gemeinde für eine den Bauinteressenten oder sonst genügende Bauordnung sorgt oder durch Wohnungsgesetze allgemeine Richtlinien aufstellt, sondern daß die gesellschaftlichen Faktoren, wie das Reich, die Bundesstaaten und die Gemeinden, hier tatsächlich durch Schaffung von guten Kleinwohnungen vorbildlich und preisbestimmend eingreifen. Im Zusammenhang mit dem gehört auch die Einschränkung der Terrain- und Häuser speculation durch Freigabe oder Expropriation (Enteignung) von Bauland, Erschließung von Baustraßen und Darlehen von billigen Baugeldern, wobei die Baugenossenschaften zu bevorzugen wären. Wie aus Einzelleistungen ersichtlich, liegt es sehr nahe, daß auch die Bundesstaaten und Gemeinden unmittelbar durch Eigenbetrieb derartiger Wohnungen selbst bauen können und dadurch auf die spekulative Privatbautätigkeit preisregulierend einwirken.

Bei dem voraussichtlich in nächster Zeit im größeren Umfang vor sich gehenden Bau von Kleinwohnungen wird es darauf ankommen, nicht nur notdürftige Wohnungsgelasse herzustellen, sondern Wohnräume zu schaffen, wo Luft, Licht und Sonne leichten Zutritt haben und auch in der Art der Ausgestaltung der Räume die Bewohner mehr mit Lebensfreudigkeit erfüllen. Zu diesem Zweck ist bei der Beschaffung solcher Wohnungen nicht allein Wert auf Kleinfriedlungen und Kleinhäuser zu legen, sondern auch von anderer Seite sehr richtig betont wurde, auch begrenzt das Stagengebäude zuzulassen. Nicht das Stagengebäude an sich mit seinen Treppensteigen, mit der größeren Zahl von Wohnungen und Bewohnern, hat die Mißstände und Abneigung, dagegen erzeugt, sondern die beschränkten Wohnungsverhältnisse zum Mietpreis und dabei die Art der Verteilung des zu bewohnenden Flächenraums und wie sonst diese Wohnräume zu den Kulturforderungen bis zur heutigen Zeit ausgestaltet wurden. Für die Mittel- und Großstädte sowie auch für eine beträchtliche Zahl von Industrievororten wird das Dreietagen- oder Dreitreppenhaus immer seinem Treppensteigen, mit der größeren Zahl von Wohnungen und Bewohnern, hat die Mißstände und Abneigung, dagegen erzeugt, sondern die beschränkten Wohnungsverhältnisse zum Mietpreis und dabei die Art der Verteilung des zu bewohnenden Flächenraums und wie sonst diese Wohnräume zu den Kulturforderungen bis zur heutigen Zeit ausgestaltet wurden. Für die Mittel- und Großstädte sowie auch für eine beträchtliche Zahl von Industrievororten wird das Dreietagen- oder Dreitreppenhaus immer seinem Treppensteigen, mit der größeren Zahl von Wohnungen und Bewohnern, hat die Mißstände und Abneigung, dagegen erzeugt, sondern die beschränkten Wohnungsverhältnisse zum Mietpreis und dabei die Art der Verteilung des zu bewohnenden Flächenraums und wie sonst diese Wohnräume zu den Kulturforderungen bis zur heutigen Zeit ausgestaltet wurden.

Um zu verhindern, daß die kommende Wohnungsnot entwickelt, werden alle illusionären Wünsche und Forderungen zurückgestellt werden müssen; denn nach Lage der Verhältnisse sind die hier in Betracht kommenden Fragen und in Aussicht zu nehmenden Maßnahmen auch sehr ernst zu prüfen. Es wird auch keinem Zweifel begreifen, daß, wie schon vorauszuweisen, in den ersten Jahren nach Friedensschluß sich die ganze Situation äußerst schwierig und bedenklich gestalten wird.

Bei der Besprechung der Wohnungsfrage in der bayerischen Kammer im März d. J. machte der Minister Dr. v. Dreier einige recht bemerkenswerte Ausführungen; er sagte: „Die schon in Friedenszeiten große Bedeutung der Wohnungsfrage ist im Laufe des Krieges außerordentlich gewachsen. In Friedenszeiten wurden in Deutschland alljährlich ungefähr 350 000 bis 400 000 Wohnungen neu hergestellt, davon in Bayern 25 000 bis 30 000. Die Neubautätigkeit in den Städten mit mehr als 15 000 Ein-

wohnern, die 1914 noch 5372 Neubauten aufwies, war schon 1915 auf 2025 gesunken. Seit 1916 ist aber ein starker Rückgang an Wohnungen eingetreten, besonders fehlt es an kleinen und mittleren Wohnungen. Die Entwicklung der Verhältnisse nach dem Kriege kann mit Sicherheit noch nicht vorausgesagt werden, da der Bedarf in den einzelnen Städten noch nicht feststeht. Vor allem sind die zahlreichen kriegsgetrauten Paare unterzubringen. Dazu kommen die zahlreichen Auslandsdeutschen und die Abwanderung aus großen in kleine Wohnungen infolge zahlreicher Todesfälle und der stärkeren Belastung durch die Steuern und die Kriegsteuerung. Der Bedarf an neuen Wohnungen bis Ende des ersten Friedensjahres wird in Deutschland in den ersten Monaten auf 300 000 berechnet, wovon der weitaus größte Teil auf mittlere und Kleinwohnungen entfällt. Eine halbwegs annehmbare Lösung der Wohnungsfrage bietet einen solchen Berg von Schwierigkeiten, daß man fast verzagen könnte. Deshalb müssen alle berufenen Faktoren, Staat und Gemeinde, alle Versicherungsträger, die gemeinnützigen Bauvereine und Private, zusammenarbeiten, damit wir zu einigermaßen erträglichen Verhältnissen gelangen. — Die Erhöhung des Kostenaufwandes bei der Wohnungsherstellung beträgt 80 bis 100 Prozent. Infolgedessen muß möglichst billig und einfach gebaut werden. In dieser Richtung kann noch viel erreicht werden, wenn die Bauten auch künftig gesundheitlichen und wirtschaftlichen Anforderungen entsprechen müssen.“ — Im weiteren wies der Minister auf die Schwierigkeiten der Beschaffung von Baustoffen und des Geldbedarfs hin. Hierzu ist auch von Interesse, wie sich der Kriegsminister v. Hellingrath zu dieser Frage äußerte; er sagte: „Der Antrag der Kammer fordert die Ueberlassung von Leichtbauten und Rohstoffen, die aus den Heeresbeständen frei werden. Ich glaube, daß diese Leichtbauten, Baracken usw. sich weniger als Ersatz für Wohnungsbauten als für Massenquartiere eignen. Auch ist zu bedenken, daß eine große Zahl von ihnen nur auf ihrem jetzigen Aufstellungsort verwendbar ist, weil ein Abbau und Wiederaufbau an anderer Stelle unwirtschaftlich wäre; dies gilt besonders für die Baracken des Feldheeres. Zudem hat die Heeresverwaltung selbst großen Bedarf an Unterfunksmitteln nach dem Kriege zur Unterbringung der zurückkehrenden Truppen und zur Lagerung der hochwertigen Materialien. Was an Baumaterialien entbehrlich ist, soll ohne Schwierigkeiten zur Verfügung gestellt werden.“ Die beiden bayerischen Minister waren offen und ziemlich deutlich!

Wenn dennoch von Seiten der Unternehmer immer wieder auf das Holz- und sonstige Material an den Fronten, in den Unterkünten usw. hingewiesen wird, so muß z. B. das Holz erst herausgerippt und dann gereinigt, lufttrocken, verwendungs- und transportfähig hergestellt werden. Wie von den militärischen Sachleuten allgemein konstatiert wird, ist davon zu Bauzwecken wenig zu gebrauchen. Im übrigen muß das von den Militärbehörden zur Verfügung gestellte Material, wie Holz, Baracken usw. frei von Ungeziefer und auch sonst hygienisch einwandfrei sein. Dazu kommen die Schwierigkeiten des Abtransports. Von der Seite ist also nur wenig Material zu erwarten; denn mit Steinbrücken, altem Latenholz und Stacheldraht kann man keine Häuser bauen! Deshalb müssen sich die Baufachleute jetzt eingehender mit der Materialfrage beschäftigen.

Sehr wertvolle Darlegungen sind darüber in einem Vortrage, „Die Wohnungsfrage und die Aufgaben der Uebergangswirtschaft“, von dem Königl. Bauamt Höpfer in Kassel, im November 1917 gemacht worden. Danach würden nach dem bekannten Bevölkerungszuwachs vor dem Kriege mindestens für jedes Kriegsjahr 200 000 neue Wohnungen gebraucht sein; also insgesamt 800 000 Wohnungen, die in den acht Jahren der Uebergangswirtschaft nachzubauen wären. Ferner für die Jahre der Uebergangswirtschaft, wo voraussichtlich nur eine geringere Volksvermehrung in Frage kommt, können auf jedes Jahr 150 000 angenommen werden. Demnach wären in diesem Zeitraum 800 000 + 8 x 150 000 = 2 Millionen Wohnungen zu beschaffen. — Den Geldbedarf für acht Jahre berechnet Höpfer nach den Durchschnittskosten aller zu schaffenden Wohnungen, die auf 8000 Mk. anzusetzen sind, mit 16 Milliarden Mark oder jährlich 2 Milliarden Mark, eine Summe, die auch nach andern Sachleuten vor dem Kriege für Wohnungsbauten ausgegeben wurde. Den achtjährigen Bedarf an Bauland mit Gartentfläche schätzt er für jede Wohnung auf 300 Quadratmeter, also auf 600 Millionen Quadratmeter oder 60 000 Hektar im ganzen, mit Einschluß der Straßen und sonstigen Freiflächen auf 80 000 Hektar. Ferner den Jahresbedarf an Mauersteinen mindestens auf 5 1/2 Milliarden und 62 Millionen, an Dachsteinen 1 Milliarde, an Zement auf 287 000 Tonnen, an Keil auf 2 1/2 Millionen Kubikmeter, an geschichteten Baustoffen auf 1 1/2 Millionen Kubikmeter usw. — Ausgeschlossen bei diesen Zahlen ist der Geld- und Baustoffbedarf der Industriebauten und der sonstigen dringend erforderlichen Gebäude, wie Schulen, Krankenhäuser, Verwaltungsgebäude usw. Als selbstverständlich wird hier gelten müssen, daß Augustbauten in diesem Zeitraum nicht aufgeführt werden.

Um so nach Lage der Dinge den Bauanforderungen und der Nachfrage nach Wohnungen gerecht werden zu können, wird es die erste Aufgabe der Regierungen sein müssen, ohne Zögern der gesamten Bauwirtschaft wieder die Möglichkeit zu einer regeltätigen Tätigkeit zu geben; denn nur dadurch kann der Weg als gebahnt angesehen werden, eine Wohnungskatastrophe zu verhindern! G. H. H. H.

Der Dividendenregen der Papierindustrie im Jahre 1917.

I. Papierfabriken.

„Jedenfalls ist es ungerecht, wenn der Papier- und Zellstofffabrikation hohe Kriegsgewinne vorgeworfen werden, während man von den Gewinnen anderer Industrien kein Aufhebens macht, und man sollte vor allem unparteiisch die Ursachen in Berechnung ziehen, die zu den erhöhten Gewinnen beigetragen haben, ehe man im Publikum Stimmung gegen eine Industrie macht, die im Kriege von größter Wichtigkeit gewesen ist und bleiben wird.“

Diese Tatsache muß auch der „Papierfabrikant“ zugeben: „Gewiß, es soll nicht bestritten werden, daß die Papier- und Zellstofffabriken sich gegenwärtig in einer günstigen Lage befinden, und die Papier- und Zellstofffabriken werden dies selbst nicht leugnen.“

Zweifelslos hat der „Papierfabrikant“ recht, daß es heute fast allen Industrien nicht schlecht geht, wie er vielleicht auch nicht ganz unrecht haben mag, wenn er die ständigen Preisforderungen auf die gesteigerte Nachfrage zurückführt und den Papierverbrauchern einen Teil an diesen Preissteigerungen in die Schuhe schiebt, weil sie „jeden Preis bezahlen, wenn sie nur überhaupt Ware bekommen“.

Damit wird aber immer wieder nur bestätigt, daß die Papierfabrikanten auf Grund ihrer hohen Papierpreise zu den rentabelsten Betriebszweigen der Kriegszeit gehören; eine Tatsache, die von uns seit Jahren immer wieder hervorgehoben und von den Papierfabrikanten bis vor kurzem ebenso entschieden in Abrede gestellt wurde. Wir hätten allerdings auch ohne das Zugeständnis des „Papierfabrikanten“ nach wie vor auf unserer Ansicht bestanden, in der wir durch die Geschäftsabstufungen der Papierfabrikantengesellschaften, deren Geschäftsjahr in der ersten Hälfte des Jahres 1917 zum Abschluß gelangte, bekräftigt werden. Von 28 Gesellschaften, deren Ergebnisse wir für die Jahre 1913 und 1917 in der nachstehenden Zusammenstellung erfaßt haben, waren 1917 23 Unternehmen in der Lage, einen Reingewinn zu erzielen, und nur 5 Firmen arbeiteten mit Verlust. Das wichtigste dabei ist aber, daß es diesen Gesellschaften gelungen ist, die erzielten Reingewinne im Jahre 1917 gegenüber dem letzten Friedensjahre 1913 ganz erheblich zu steigern, und, soweit die mit Verlust arbeitenden Firmen in Frage kommen, die Unterbilanzen teilweise beträchtlich zu beheben. Gewinnsteigerungen von 13 000 auf 229 000 Mk. (Aktienpapierfabrik Regensburg) oder von 27 000 auf 1 217 000 Mk. (Schleifische Zellulose- und Papierfabrik Kammernsdorf) lassen ebensowenig einen Mangel der Papierfabrikanten erkennen wie die Dividendensteigerungen in Vätertsdorf von 12 auf 20 oder in Kammernsdorf von 30 auf 36 Prozent.

Eine Verluststeigerung haben nur die Papierfabriken Kirchberg und Schweighausen zu verzeichnen. Die Verlustsumme der Papierfabrik Schweighausen ist während der Kriegsjahre allerdings erheblich gesunken, doch macht sich bereits eine Besserung der finanziellen Lage dieser Firma dadurch geltend, daß der Verlust von 1916/17 um rund 24 000 Mk. niedriger ausgefallen ist als im Geschäftsjahre vorher.

Die Erhöhung der Unterbilanz bei der Papierfabrik Kirchberg ist in erster Linie auf die verminderte Produktionsfähigkeit zurückzuführen, da die Kriegserzeugung nur etwa 70 Prozent der Friedensproduktion beträgt. Im Jahre 1916/17 war der Betrieb überhaupt nur 100 Tage im Gange. Wahrscheinlich wird auch für diesen Betrieb der 1916/17 vollkommene Übergang zur Spinn-

papierproduktion eine finanzielle Besserstellung mit sich bringen. — Besonders glücklich können sich die Aktionäre der Papierfabrik Nebenfelden schätzen. Deren Verlust ist von 366 863 Mk. im Jahre 1913 auf 39 774 Mk. im Jahre 1917 zurückgegangen. Noch treffender tritt der Verlustrückgang in Erscheinung, wenn man sich vergegenwärtigt, daß der Verlustvortrag aus 1915/16 sogar 1 454 148 Mk. betrug. Ohne die außerordentlich hohen Abschreibungen konnte der Verlust sogar vollständig getilgt werden. Nebenfelden hat mit einem Betriebsüberschuß von 3 152 971 Mk. tatsächlich einen Rekordgewinn erzielt. Für die Nebenfeldener Aktionäre, die seit 10 Jahren keinen Pfennig Dividende erhalten haben, dafür aber zur Deckung sehr hoher Unterbilanzen herangezogen wurden, bedeutet der Krieg den Retter aus der Not. Nur noch einmal einen Uberschuß in ähnlicher Höhe, und die Aktionäre ziehen nach einem Jahrzehnt zum ersten Male wieder mit klingender Münze nach Hause.

Eine alte Sanierungsstange, die Papierfabrik zu Einsiedel bei Chemnitz, beginnt ebenfalls langsam wieder festen Boden unter ihren Füßen zu gewinnen, nachdem im Jahre 1917 noch einmal ein Kreuzschnitt an ihr vorgenommen wurde. In diesem Jahre wurden die Vorzugsaktien wie 2 zu 1 und die Prioritätsaktien wie 6 zu 1 zusammengelegt, beide Aktien auf eine gleiche Rechtsstufe gestellt und das Aktienkapital auf 1 200 000 Mk. erhöht. Diese Transaktion brachte der Gesellschaft einen Budgetgewinn von 718 000 Mk., durch den die Unterbilanz bis auf 91 670 Mk., die in das neue Geschäftsjahr mit übernommen, beseitigt wurde. Begünstigt durch bedeutende Heeresaufträge, dürfte es der Firma

Geschäftsabstufungen der Papierfabrik-Aktiengesellschaften in den 1. Halbjahren 1913 und 1917.

Table with 11 columns: Firma, Aktienkapital, Abschreibungen 1913, Abschreibungen 1917, Reingewinn 1913, Reingewinn 1917, Verluste 1913, Verluste 1917, Dividende 1913, Dividende 1917, Dividende in Prozent 1913, Dividende in Prozent 1917. Rows include companies like Aktienpapierfabrik Regensburg, Arnoldsdorfer Papierfabrik, etc.

\* Bemerkungen: Das Aktienkapital der Elberfelder Papierfabrik betrug 1913: 4 090 000 Mk.

Von einigen Unglücksraben abgesehen, können die Papierfabrikanten mit der Gestaltung ihrer finanziellen Lage recht wohl zufrieden sein. Nicht so die Papierarbeiter. Wenn man die vom „Papierfabrikanten“ gestellte Frage etwa folgendermaßen umstellen wollte: „Aber welcher Arbeiterschaft in jenen Industrien, deren Fabrikate sich guter Nachfrage erfreuen, geht es denn jetzt schlecht?“, dann müßte man ohne jede Uebertreibung zu der Antwort kommen: der Papierarbeiterschaft! Tatsächlich stehen die den Papierarbeitern gewährten Lohnausgleiche in keinem Verhältnis zu den Preissteigerungen für alle Lebensmittel und Bedarfsartikel. Im Vergleich zu den ansehnlichen Kriegsgewinnen der Fabrikanten sind die gewährten Lohnerhöhungen geradezu bescheiden niedrig. Nur vereinzelte Firmen haben sich zu einem Lohnausgleich herbeigelassen, der über die durchschnittlich gewährten Lohnerhöhungen während der Kriegszeit etwas hinausragt, aber trotzdem noch als unzureichend bezeichnet werden muß. Ein großer Teil der Papierfabrikanten wendet in der Bekämpfung der Lohnforderungen gegen ihre Arbeiterschaft die schädlichsten Mittel der versloffenen Friedenszeit an. Arbeiterausschüßmittglieder, die die Interessen ihrer Kollegen vertreten, werden rücksichtslos

im laufenden Geschäftsjahre gelingen, nach acht mageren Jahren wieder einmal ein fettes zu reichen. Vielleicht ist die Firma dann auch bereit, zu den bisherigen Kriegsgnadenbrocken ihrer Arbeiterschaft einen ausreichenden Lohnausgleich zu gewähren.

Wie eine Ruine aus goldener Zeit sieht die finanzielle Gestalt der Elberfelder Papierfabrik aus. Bis zum Jahre 1905 bezahlte das Unternehmen Dividenden bis zu 20 Prozent. Von da an ging es mit der finanziellen Lage bergab, nachdem die Firma kurz vorher die Zehlendorfer Papierfabrik errichtet hatte, die in Sachreisen auch als der Grabstein des Unternehmens bezeichnet wird. 1912 hatte die Gesellschaft einen Verlust von 646 035 Mk. erreicht, der sich 1913 auf 1 789 312 Mk. erhöhte. Durch Zusammenlegung der Stammaktien von 10 zu 1 und der Vorzugsaktien von 4 zu 1 erzielte die Gesellschaft einen Budgetgewinn von 1 441 687 Mk., der zu Abschreibungen Verwendung fand. 1915 hatte das Unternehmen schon wieder einen Verlust von 1 448 536 Mk. zu verzeichnen, der sich 1916 auf 1 494 832 Mk. erhöhte. Die Gesellschaft sah sich deshalb 1917 abermals gezwungen, eine Sanierung vorzunehmen und die Vorzugsaktien von 12 zu 1, die Stammaktien dagegen von 36 zu 1 zusammenzulegen. Durch diese Aktion schrumpfte das noch 2 291 000 Mk. betragende Aktienkapital auf 193 000 Mk. zusammen. Sowohl die Zehlendorfer als auch die Elberfelder Fabrik sind an Papiergarnunternehmungen verpachtet worden, so daß die Elberfelder Papierfabrik zur Zeit nur noch als Verpächterin ihrer Fabrikanlagen besteht.

Die nachstehende Zusammenstellung empfehlen wir unseren Kollegen und Kollegen zur eingehenden Beachtung:

auf das Straßengpflaster gesetzt, Versammlungen der Arbeiter mit Hilfe der örtlichen Polizeibehörden hintertrieben, die Unternehmerhütten zum Schutze des Geldsacks in die Versammlungen der Arbeiterschaft geschickt, und selbst die Bestimmungen des Hilfsdienstgesetzes, deren Einhaltung von der Arbeiterschaft auf das strikteste verlangt wird, mißachtet. Die Einsiedeler Papierfabrik und noch verschiedene andre lassen einiger lumpiger Pfennige Lohnerrhöhung, wegen ihre Arbeiter monatelang Anfechtungen des ernannten Beamten-Arbeiterschieds führen. Andre wieder speien ihre Arbeiter mit frommen Biblesprüchen ab und lassen sie unter dem Gefange von Kirchenliedern hungern, während sie im fremden Schafgewande die tollsten Schieberträge um das goldene Kalb aufführen.

Mögen die Papierarbeiter und -arbeiterinnen ihre schmalen Kriegserdienste mit den reichen Kriegsgewinnen ihrer Unternehmer vergleichen, dann werden sie zu der Einsicht kommen, daß die Unternehmer sehr wohl in der Lage sind, „Kriegslöhne“ zu bezahlen, die sie sich aber mit Hilfe ihrer Berufsorganisation erkämpfen müssen. G. St.

Professor Mitscherlich †.

Am Sonntag, dem 2. Jan., ist in München Professor Mitscherlich gestorben. Er ist einer der begabtesten Gelehrten der deutschen Wissenschaft, besonders der Zellstoff- und Papierindustrie, deren Entwicklung er während der ersten Jahrzehnte des 19. Jahrhunderts in Deutschland übernahm. Er war der Begründer der Zellstoffindustrie in Deutschland und hat durch seine Erfindungen die Grundlage für die heutige Papierindustrie gelegt. Er war auch ein hervorragender Chemiker und hat sich um die Entwicklung der chemischen Industrie verdient gemacht. Seine Werke sind von großem Wert für die Wissenschaft und die Industrie.

hatte Mitscherlich die Grundlage zu dem noch heute, allerdings in riesiger vergrößerter Maßstäbe, im Gebrauch befindlichen Lochemer gelegt. Seine ersten Versuche führte Mitscherlich in der Schwefelsäure- und Ammoniakfabrik von Rignall in München aus. Rignall, der sich vom Lochemer zum chemischen Industrieunternehmen entwickelt hatte, wurde bei Mitscherlich's Ansehen in der vergrößerten Zellstofffabrik. Die Unternehmenserfolge Mitscherlich's war nur von kurzer Dauer, da Behörden und Bürger gegen seine Zellstoffherstellung lebhaften Protest erhoben. Auf Drängen der Gewerkschaft erhob die Stadtverwaltung Münchens Einspruch gegen die Zellstoffherstellung, durch deren Ausübung sich die Bürger Münchens belästigt fühlten. In Gemeinschaft mit der Stadtverwaltung erhoben die Besitzer der Privatwohnungen Schadenersatzansprüche gegen Mitscherlich, und die Landwirte sowie die Gewerkschaften klagten gegen den ständigen Einfluß der Ammoniakfabrik auf die Papierfabrik. Mitscherlich veranlaßte die Rignallfabrik an die Papierfabrik in Rignall zu veräußern und 1883 nach Freiburg im Breisgau überzusiedeln.

Reichsminister konnte Mitscherlich durch seine Erfindung allerdings nicht erwerben. Er teilte das Los zahlreicher anderer Erfinder, wenn die Erfindung seiner Papiermaschine durch Devisen betrogen wurde, oder wie Gottfried Keller seine Holzschiffherstellung an den kapitalstärksten Papierfabrikanten Walter abtreten mußte, so wurde auch Mitscherlich teilweise um die finanziellen Vorteile seiner Erfindung gebracht. Von den Erfindern des Mitscherlich-Verfahrens wurde kein Patent auf Grund eines niemals zur Ausübung gekommenen Patents des Amerikaners Chapman vor dem Reichsgericht mit Erfolg angefochten. Es wurde Mitscherlich von den Kapitalgebern der Papierfabrikation um den finanziellen Nutzen seiner geistigen Erfindung gebracht. Dieses an die alte Zeit des Kontrahierens erinnernde Verfahren, wenn auch in anderer Form auf Kosten seiner Mitarbeiter zu berechnen, findet jedoch den Beifall der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“ nicht, die in ihrem Jubiläumsvortrage über Mitscherlich's a. schreibt: „Man erwidert sich ein älter Privilegienrecht, der besonders von den Gegnern des Mitscherlich-Verfahrens gefordert wurde, weil sie auf diese Weise ihrer Geldverehrungen gegen den Erfinder ledig zu werden hofften. Obwohl nicht die Rede davon sein kann, daß die Zellstoffherstellung bereits vor Mitscherlich's Erfindung bekannt gewesen sei

(einige höchstens als verwandte zu bezeichnende Methoden waren praktisch erfolglos geblieben), wurde sein Patent teilweise für nichtig erklärt, so daß die gewaltigen finanziellen Erträge, die sein Verfahren allmählich in der Papierindustrie abwarf, dem Erfinder nur zu einem geringen Teile zugute kamen.“

Wurde Mitscherlich „kraft des Gesetzes“ um den vollen Lohn seiner Sulfitzellstoffherfindung gebracht, so müßte er auch mit ansehen, wie seine Erfindung, die Zellstoffabläuge zur Sulfitgewinnung zu verwenden, auf Grund einer ungerechten „Siebesabgaben-Brantweinsteuer-gesetzgebung“ in Deutschland nicht zur Ausführung gebracht werden konnte. Dafür hatte er das allerdings etwas zweifelhafte Vergnügen, seine Idee in der schwedischen und norwegischen Zellstoffindustrie verwirklicht zu sehen. Seine Nachkommen haben aber wenigstens noch die Ehre, gemeinsam mit den übrigen deutschen Staatsbürgern in Form von Steuern die Kosten anzubringen, die das Deutsche Reich als Lizenzgebühren der schwedischen Sulfitpapierherstellung für die Einführung des schwedischen Patents während der Kriegszeit in Deutschland bezahlen muß.

Kann man mit Recht für die Sulfitzellstoff- und Sulfitpapierindustrie Professor Mitscherlich als den geistigen Urheber bezeichnen, so darf sich die Papiergarnfabrikation rühmen, in ihm einen regiamen Mitarbeiter gefunden zu haben. Zu Anfang des Jahres 1889 hatte er sich bereits ein amerikanisches Patent auf die Herstellung von Papiergarn mit Hilfe des „nahezu Verjahrens“ ausstellen lassen, und 1890 erwarb er sich ein deutsches Patent, dem das mechanische Herstellungsverfahren zugrunde lag. Ob die beiden Patente Aussicht auf Erfolg gehabt hätten, ist nach den heutigen Erfahrungen sehr fraglich. Immerhin beweisen die beiden Patente, daß Professor Mitscherlich auf allen Gebieten der Papierindustrie geistig regiam tätig war.

Wenn auch die Papierarbeiterschaft keine Ursache hat, Professor Mitscherlich als Industriellen zu feiern, denn seine Sympathien galten dem Unternehmertum, so kann sie aber seine Leistungen als Forscher und Gelehrter rühmlich anerkennen. Besonders die organisierte Arbeiterschaft ist eifrig bestrebt, an allen Kulturvereinigungen lebhaften Anteil zu nehmen. Gewiß, die Ausbeutung der Zellstoff- und Papierindustriellen kennt keine Grenzen, doch daran trägt die Erfindertätigkeit keine Schuld. Diese Verhältnisse besser und menschenwürdiger zu gestalten, wird Aufgabe der Arbeiter und ihrer Berufsorganisation bleiben. G. St.

Der Ceerfarben-Trust 1917.

Ein glänzendes Geschäftsjahr haben die Firmen der chemischen Großindustrie wieder hinter sich. Die meisten der Gesellschaften haben ihr Grundkapital erhöht resp. vergrößert, indem sie neue Aktien zu niedrigem Kurse ausgaben...

Wadische Anilin- und Sodafabrik, Ludwigshafen, hat ihr Kapital von 54 auf 90 Millionen Mark erhöht. Die Ausgabe der neuen Aktien zum Kurse von 107 Prozent gegen Ende des Jahres 1917 berechtigt die Aktionäre...

Table with 5 columns: 1914, 1915, 1916, 1917. Rows include Aktienkapital, Obligationen, Vortrag, Warengewinn usw., Zinsen, Gesamtgewinn, etc.

Auch der Reingewinn hat eine ganz enorme Steigerung erfahren. Die Höhe der Wechsel und Bankguthaben beträgt 85,87 Millionen gegen 64,72 Millionen im Vorjahr.

Farbenfabriken vorm. F. Bayer, Leverkusen, berichten gleichfalls von einem befriedigenden Ergebnis. Auch hier nehmen die neuen zu 107 Prozent ausgegebenen Aktien in Höhe von 36 Millionen Mark an der Dividende teil.

Table with 5 columns: 1914, 1915, 1916, 1917. Rows include Aktienkapital, Obligationen, Vortrag, Fabrikationsnuzen, etc.

In bar, Bankguthaben und Wechseln sind 97,12 gegen 77,64 Millionen im Vorjahr vorhanden. Trotz umfangreicher Neubauten ist der Buchwert für Grundstücke und Gebäude von 31,10 auf 24,12 Millionen und für Maschinen und Geräte von 13,64 auf 13,17 Millionen Mark zurückgegangen.

Die Abschreibungen sind von 11 auf 19 Millionen Mark heraufgeklüffert. Die Firma hat bei der 7. und 8. Kriegsanleihe je 8 Millionen Mark gezeichnet. Der ursprüngliche Gesamtwert sämtlicher Anlagen beziffert sich auf 141,18 Millionen Mark.

Table with 5 columns: 1914, 1915, 1916, 1917. Rows include Aktienkapital, Vortrag, Bruttoertrag, Abschreibungen, etc.

Auch die Geschäftsergebnisse der Akt.-Ges. für Anilinfabrikation in Berlin-Treptow können nicht schlecht genannt werden. Ihr Aktienkapital ist von 19,8 auf 33 Millionen Mark erhöht.

Keramische Industrie

Die Ziegelindustrie ist — von Ausnahmen abgesehen — während des Krieges nicht auf Rosen gebettet. Die Bautätigkeit ruht größtenteils, die Arbeitskräfte sind zum Heere eingezogen oder sind in der besserzahlenden Kriegsindustrie tätig.

Neuerdings macht sich das Bestreben einer besseren organisatorischen Zusammenfassung der Ziegeleibesitzer bemerkbar. Die Fachzeitschriften der Ziegelindustrie diskutieren eifrig die Möglichkeit sowohl der Befhebung der jetzigen Schwierigkeiten als auch die Fragen der Arbeiterbeschaffung nach dem Kriege.

Nun scheint es, als ob die Lösung des Problems, Zusammenfassung der Ziegelindustrie, um dann auch die andern Fragen mit weniger Schwierigkeiten ihrer Lösung entgegenzuführen zu können, nicht recht gelingen will. Das ist erklärlich.

Einen mutigen Schritt haben die Tonwaren-Industriellen Großbritanniens getan. Sie haben sich einen Nationalrat gegeben, zusammengesetzt aus Arbeitern und Unternehmern.

In Stoke-on-Trent wurde Mitte Dezember vorigen Jahres ein „National Council“ für die Tonwarenindustrie gebildet, dessen Zweck die Förderung der Tonindustrie und aller an dieser Industrie Beteiligten ist. Seine Hauptarbeit wird wie folgt gekennzeichnet: Erwägung aller Mittel, durch welche alle Hersteller und Fabrikarbeiter den für sie in Betracht kommenden Vereinigungen zugeführt werden können.

Unterstützung von Fragen der Industrie und, wenn wünschenswert, Veröffentlichung von Berichten. Vertretung der Bedürfnisse und Meinungen der Industrie gegenüber den Regierungsbehörden.

Eine gesunde Frische steckt in dieser neuen Organisation. Diese Unternehmer besitzen anscheinend mehr Weitblick in wirtschaftlichen Fragen wie manche ihrer Kollegen anderwärts, ohne zu fürchten, in kommerzieller Beziehung zu kurz zu kommen.

Arbeiterschutz und Arbeiterversicherung

Die Gewerbeaufsichtsbeamten haben zum letztenmal für das Jahr 1913 Jahresberichte erstattet, dann während der ganzen Kriegszeit nicht mehr. Um teilweise Abhilfe zu bringen, veröffentlicht jetzt das preussische Ministerium des Innern einige Zusammenstellungen über die Beschäftigung der Arbeiter in gewerblichen Betrieben und die Ueberwachungstätigkeit der Gewerbeaufsichtsbeamten im Jahre 1917.

Die Zahl der Revisionen gewerblicher Anlagen durch die Gewerbeaufsichtsbeamten in Preußen verminderte sich von 177 432 im Jahre 1913 auf 129 464 im Jahre 1917, also um rund 48 000.

Die Zahl der Betriebe mit mindestens 10 Arbeitern betrug 172 268 gegen 175 436 im Jahre 1913. Diese geringe Abnahme hat hauptsächlich in der Zusammenlegung von Betrieben ihren Grund. Die Zahl der in Wirklichkeit beschäftigten männlichen erwachsenen Arbeiter verminderte sich von 2 662 152 auf 1 956 202, dagegen vermehrte sich die der weiblichen erwachsenen Personen von 687 734 auf 1 240 593, also um fast 1/2 Millionen.

Gewerkschaftliche Nachrichten.

Eine außerordentliche Generalversammlung der Buchdrucker tagte vom 27. Mai bis 1. Juni in Würzburg. Den Bericht des Vorstandes über die letzten fünf Jahre erstattete Grafmann (Berlin). Infolge des Krieges hätte der Vorstand einen Teil der Aufgaben, die den Generalversammlungen obliegt, den Gewerkschaften übertragen.

Der 2. wichtigste Punkt der Tagesordnung: „Besprechung der allgemeinen und tariflichen Lage und Erörterung über den Organisationsvertrag“ wurde in geschlossener Sitzung behandelt. Es lagen hierzu zahlreiche Entwürfe vor, von denen die einen eine Tarifänderung oder Tarifrevision, die anderen eine Tarifüberprüfung unter Neuordnung der Leihungszulage verlangten.

In einer einstimmig angenommenen Resolution nahm die Generalversammlung zu den Entwürfen auf Kündigung resp. Revision des Tarifs sowie auf Erhöhung der Leihungszulagen Stellung. In der Entschließung wird zunächst betont, daß eine Kündigung des Tarifs nicht gewünscht wird, vielmehr soll der Fortbestand des Tarifgemeinschafts gefördert und gefördert, die Tarifgemeinschaft selbst weiter ausgebaut werden.

In der geschlossenen Sitzung wurde im Anschluß an die Beratung der Tarifrage noch eine sehr umfangreiche Debatte über den gegenwärtigen Organisationsvertrag geführt, der seinerzeit zwischen der Organisationskommission, dem Deutschen Buchdrucker-Bund und dem Buchdruckerverband abgeschlossen worden ist und in den später auch die christliche Organisation, der Gutebergbund, einbezogen wurde.

bei Bewegungen, die aus der Unsicherheit der politischen Lage und aus der Not der Zeit entspringen...

Zu dem Punkt Maßnahmen beim Übergang von der Kriegswirtschaft zur Friedenswirtschaft...

Bei der Besprechung des Verhältnisses zu der Generalkommission wurde, besonders von Berliner Delegierten...

Statutenänderungen wurden nicht vorgenommen. Den wichtigsten Verhandlungsgegenstand des letzten Verhandlungstages bildete die Neuwahl der Verbandsleitung...

Ein Vierteljahrhundert

war am 1. Juni d. J. verstorben, seit August Bringmann Redakteur am Fachorgan „Der Zimmerer“ ist. Unter seiner Leitung ist es zu einer der angesehensten Gewerkschaftszeitungen geworden...

Berichte aus den Zahlstellen.

Breslau. Um die wirtschaftliche Lage der Mitglieder während des Krieges festzustellen, veranstaltete die Zahlstelle Breslau des Fabrikarbeiterverbandes im Mai 1918 eine Umfrage...

Table with 3 columns: Lohnart, Anzahl männlich, Anzahl weiblich. Rows include Stundenlohn, Wochenlohn, Akkord, Tagelohn, Monatslohn, Akkord und Lohn ohne nähere Angabe.

Ueber die Arbeitszeit erfahren wir folgendes. Es arbeiteten: 7-8 Stunden täglich 1 männl., 48 weibl. bis 9 39 224 10 189 168 über 10 101 37

Ueber die Kinderzahl, die den Haushalt des Arbeiter schwer belasten, erhalten wir folgendes Bild (es kommen hier nur die verheirateten männlichen und weiblichen Mitglieder in Frage):

Table with 3 columns: Anzahl Kinder, Anzahl männlich, Anzahl weiblich. Rows include ohne Kinder, 1 Kind, 2 Kinder, 3, 4, 5, 6, 7, 9.

Nur bemerken, daß für unsere Feststellungen nur Kinder unter 14 Jahren in Frage kommen.

Beachten wir uns nun einmal erdie Löhne, so finden wir, daß das Gehalt mancher Leute über die hohen Verdienste der Arbeiter weit hinaus auf die Breslauer Fabrikarbeiter nicht angewendet werden kann...

Table with 3 columns: Lohnhöhe, Anzahl männlich, Anzahl weiblich. Rows include bis 20 Pf. pro Stunde, 25, 30, 35, 40, 45, 50, 55, 60, 65, 70, 75, 80, über 80.

Nur sehen also, daß ein großer Teil noch unter 50 Pf. Stundenlohn hat, der unter den heutigen Verhältnissen als vollständig ungenügend bezeichnet werden muß.

Erst recht ist es bei den im Tage- oder Wochenlohn oder auch im Akkord beschäftigten Mitgliedern. Darüber besagt die Statistik:

Table with 3 columns: Lohnhöhe, Anzahl männlich, Anzahl weiblich. Rows include unter 3.-Mk., 3-50, 50-100, 100-150, 150-200, 200-250, 250-300, 300-350, 350-400, 400-450, 450-500, über 500.

Nur bei im Wochenlohn Beschäftigten verdienen pro Woche: 12-15 Mk. 1 männl., 48 weibl. 16-20 1 15 21-25 1 20 26-30 12 1 31-35 3 17 36-40 9 11 41-45 13 6 46-50 2 3

Nur Akkord verdienen durchschnittlich pro Woche: unter 20 Mk. 1 männl., 48 weibl. 21-25 6 15 26-30 3 9 31-35 7 11 36-40 10 14 41-45 21 17 46-50 7 11 51-55 1 1

Table with 3 columns: Lohnhöhe, Anzahl männlich, Anzahl weiblich. Rows include Man sollte nun meinen, daß bei diesen minimalen Löhnen wenigstens angemessene Teuerungszulagen gezahlt würden...

Leider muß gesagt werden, daß sich ein großer Teil der Mitglieder an dieser wichtigen Umfrage nicht oder nicht so beteiligt hat...

Aus dieser Aufstellung geht einwandfrei hervor, daß die Lage der Breslauer Fabrikarbeiter noch sehr verbesserungsbedürftig ist. Wir sehen, daß noch lange kein Ausgleich über durch die Teuerung verursachten Mehrausgaben geschaffen worden ist...

Zimmer werden, immer wirken, täglich, stündlich, jeder Frist, bis der letzte Hungerleider unter, unser, unser ist!

E. Grohmann.

Ich

kann einen gutbewaffneten Gegner nicht bekämpfen oder gar besiegen, wenn ich selbst ohne Kan. mittel bin. Die beste Waffe im wirtschaftlichen Kampf ist die Organisation.

will

d. h. sie darf nicht erst in letzter Stunde, sondern muß schon vorher ausgebaut werden. Dazu ist aber notwendig, daß jedes Mitglied

es

als seine Pflicht anseht, unablässig zu werden, dem Verbands neue Mitglieder zuzuführen. Nur wer des Gemeinfinns, der Solidarität ermangelt, der kann danken,

mir

kann es gleich sein, wie es kommt. Das ist ein schwerer Fehler, der sich an uns und unsern Familien rächt. Durch den Ausbau der Organisation wollen wir unsere Zukunft zum Teile selbst formen. Im wirtschaftlichen Kampf ist der Unternehmer dem einzelnen Arbeiter

überlegen.

Treten wir aber als organisierte, geschulte, disziplinierte Mehrheit auf, dann stehen wir dem Gegner mindestens gleichwertig gegenüber und können, wenn es sein muß, mit Aussicht auf Erfolg den Kampf wagen.

Kattowitz. Im ersten Quartal 1918 hatte unsre Zahlstelle erfreulicherweise eine Mitgliederzunahme zu verzeichnen. Es sind 56 Kollegen dem Verbands beigetreten. Einer Einnahme von 1044,50 Mk. aus Beiträgen steht eine Ausgabe von 1076,80 Mk. gegenüber.

Nachdem wir uns nun einmal erdie Löhne, so finden wir, daß das Gehalt mancher Leute über die hohen Verdienste der Arbeiter weit hinaus auf die Breslauer Fabrikarbeiter nicht angewendet werden kann...

Nachdem wir uns nun einmal erdie Löhne, so finden wir, daß das Gehalt mancher Leute über die hohen Verdienste der Arbeiter weit hinaus auf die Breslauer Fabrikarbeiter nicht angewendet werden kann...

Nachdem wir uns nun einmal erdie Löhne, so finden wir, daß das Gehalt mancher Leute über die hohen Verdienste der Arbeiter weit hinaus auf die Breslauer Fabrikarbeiter nicht angewendet werden kann...

loftet 14 Mk. Das Aiter Milch wird auf dem Markt zu 60 Pf. verkauft. Die Milch wird während der Pause abgegeben. Jeder hält seine Flasche über dem Milchhübel, und da kommt es öfter vor, daß beim Engsteigen in die Flaschen etwas danebenläuft und in den Kibel hinein. Dadurch wird die ganze Milch bitter.

Neueinführung. Die Arbeiter der Schamotte-, Ton- und Quarzwerke haben sich im Februar dem Verbands angeschlossen und sind dann im März unter Mitwirkung des Gauleiters Bruns (Frankfurt) in eine Lohnbewegung eingetreten. Es wurden gefordert: für Lohnarbeiter 10 Pf. pro Stunde mehr, für Akkordarbeiter 20 Prozent Zuschlag auf die Akkordhöhe.

Rundschau.

Entgegenkommen an die Gewerkschaften. Das stellvertretende Generalkommando in Kassel hat verfügt, daß bei gewerkschaftlichen Versammlungen in Zukunft die Anmeldepflicht fortfällt und gewerkschaftliche Mitteilungen nicht mehr der Zensur unterliegen.

Bei gewerkschaftlichen Versammlungen genügt eine schriftlose Anzeige vor Beginn der Versammlung. Ausgenommen von der Anmeldepflicht sind Versammlungseinladungen und sonstige Veröffentlichungen der Gewerkschaften, soweit sie deren Angelegenheiten betreffen.

Die übrigen Versammlungen und Veröffentlichungen bleiben der Anmeldepflicht 48 Stunden vor dem Stattfinden oder der Ausgabe unterworfen. Das Entgegenkommen an die Gewerkschaften sollte allen Generalkommandos als Beispiel dienen.

Verbot der Zugehörigkeit zur Organisation. Der stellvertretende Kommandierende General des 9. Armeekorps erläßt eine Verfügung, nach der den russisch-polnischen Arbeitern auf Grund des Paragraphen 9b des Belagerungsgesetzes vom 4. Juni 1851 und des Reichsgesetzes vom 8. Dezember 1915 bis auf weiteres die Zugehörigkeit und der Beitritt zum Deutschen Arbeiterverband untersagt ist.

§ 153.

Runmehr ist auch im Reichsgesetzblatt (Nr. 72, 1918) die Aufhebung des § 153 bekanntgegeben durch folgende Notiz: (Nr. 6346.) Gesetz, betreffend Aufhebung des § 153 der Gewerbeordnung. Vom 22. Mai 1918.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden Deutscher Kaiser, König von Preußen usw. verordnen im Namen des Reiches, nach erfolgter Zustimmung des Bundesrats und des Reichstags, was folgt: Der § 153 der Gewerbeordnung wird aufgehoben.

Urkundlich unter unser höchst eigenem Unterschrift und beigedrucktem kaiserlichen Insignel. Gegeben Großes Hauptquartier, den 22. Mai 1918. (Siegel.) Wilhelm. Dr. Graf v. Hertling.

Hoffentlich ist das der Anfang vom Ende der vorgeschichtlichen Auffassung, die der Entwicklung stets Barricaden vorbauen möchte. Das Alte stirbt, es ändern sich die Zeiten — und die Menschen müssen ihre Anschauungen ändern, wenn die wirtschaftlichen Grundlagen ihrer Existenz eine Umbildung erfahren haben.

Eingegangene Schriften.

„Der Mieterschutz.“ Von Arbeitersekretär Friß Gen d. 16 Seiten 80. Preis 30 Pf. Verlag: „Mecklenburgische Volkszeitung“, Rostock. Der Mieterschutz, wie er aus den Bestimmungen der Bundesratsbeschlüssen und der Bundesratsverordnungen über Zahlungsrufen sowie über Pfänden und Einstellung des Verfahrens bei den ordentlichen Gerichten erwächst, ist in dem Büchlein anschaulich dargestellt. Besonders ist auch die Frage der Durchführung von Räumungsklagen gegenüber Kriegsteilnehmern und ihren Angehörigen an der Hand der Rechtsprechung, illustriert durch den Abdruck von Gerichtsurteilen, behandelt.

Verbandsnachrichten.

Verbandstags-Protokolle.

Von vielen Zahlstellen sind bis jetzt keine Bestellungen auf Protokolle vom außerordentlichen Verbandstage eingegangen. Es ist aber notwendig, daß mindestens die Verwaltungen und die Funktionäre im Besitze eines Protokolls sind. Aus diesem Grunde müssen die noch ausstehenden Bestellungen unter Angabe der erforderlichen Zahl alsbald gemacht werden. Der Preis beträgt im Buchhandel 1,50 Mk., für Mitglieder 25 Pf.

Alte Marken einsenden.

Da bereits am 1. April die neuen Beitragsmarken zur Ausgabe gekommen sind, dürfen alte Marken nicht mehr zur Verwendung kommen. Alte Marken dürfen an Stelle neuer auch dann nicht mehr geklebt werden, wenn sie im Werte gleich sind. Es ergeben sich sonst sowohl für die Kassensführung als auch für die Mitglieder Schwierigkeiten und unter Umständen Nachteile.

Die alten Marken müssen deshalb mit der nächsten Abrechnung eingekandt und neue nach Bedarf bestellt werden.

Vom 4. Juni 1918 an gingen bei der Hauptkasse folgende Beträge ein: Reich 300, — Luc i. Erg. 100, — Chemnitz 800, — Ruppertsberg 1000, — Oberberg 900, — Saarau 26, — Reiz 200, — R. M. 78, — Hirschberg i. Schl. 800, — Hamburg 72, — Saigau 10, — Beyerberg 1000, — Elbing 800, —

Schluß: Montag, den 10. Juni, mittags 12 Uhr. St. Bruns, Kassierer.

Adressenverzeichnis.

Mit der Nummer 25 des „Proletarier“ wird das neueste Adressenverzeichnis verandt. Die Auflage ist nicht sehr groß; es können aber Zahlstellen, die noch mehr haben wollen, ihre Bestellung aufgeben. Seit der Fertigstellung sind folgende neue Adressen und Adressenänderungen nachzutragen: Karlsruhe. Hans Kisting, Oberredwig Nr. 2. Erhard Braun, Oberredwig Nr. 70. Weisburg. Otto Seier, Saalstraße 6, I. Neumarkt (Oberpfalz). Joh. Gitter, Weinberger Straße 24/2. Prof. H. Wentzky, Lepinger Straße 15. Riesa. Max Zentner, Gröba bei Riesa, Dörfstraße 5, I.

Zustimmung zur Erhebung von Lokalbeiträgen. erfelt die Zahlstelle Reiz. 15 Pf. pro Woche für männliche Mitglieder.